

Volkswirtschaft Kompakt



Nr. 11, 19. Februar 2013

Steigende Kosten der Stromversorgung und steigende Preise: Wer trägt die Zusatzbelastung?

Autor: Dr. Caroline Dieckhöner, Telefon 069 7431-3854, research@KfW.de

Die steigenden Kosten des EEG haben zu einer öffentlichen Diskussion der Elektrizitätspreise und -kosten in Deutschland geführt. Insbesondere die Ausnahmen von der EEG-Umlage für die energieintensive Industrie und die steigenden Preise, die Haushalte zahlen, heizen die Diskussion an. Die Bundesminister Altmaier und Rösler haben am 14. Februar einen gemeinsamen Vorschlag zur Dämpfung der Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien vorgelegt.

Sind steigende Strompreise schlecht für die Volkswirtschaft?

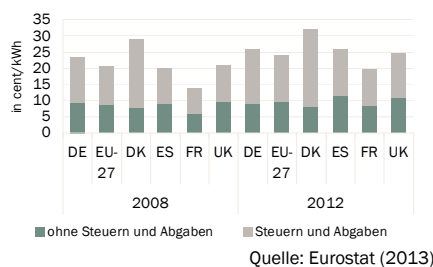
Der Umbau der deutschen Stromerzeugung hin zu einem erneuerbaren und CO₂-armen System geht mit hohen Investitionskosten wie etwa für Wind- und PV-Anlagen sowie Netzausbau einher. Diese steigenden Stromkosten müssen von der Volkswirtschaft getragen werden und schlagen sich beispielsweise in steigenden Strompreiskomponenten, insbesondere in steigenden Steuern, Umlagen und Netzentgelten, nieder. Das muss langfristig nicht zu Wohlfahrtsverlusten führen. Das derzeitige Energiesystem verursacht schließlich auch Kosten in Form von Umweltschäden oder steigendem Bedarf an atomaren Endlagern. Belastungen heutiger Generationen können also durchaus in Wohlfahrtsgewinne für zukünftige Generationen münden.

Im Vordergrund der politischen Diskussion steht aber vor allem die Frage, wer die zusätzlichen Kosten tragen sollte und wie die Lasten auf Industrie und Haushalte verteilt werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist dies genauso wichtig wie für die Akzeptanz der Energiewende.

Strompreise der Industrie – Gibt es Wettbewerbsnachteile?

Die beispielhafte Darstellung der Preise eines industriellen Stromkunden mit einem Verbrauch zwischen 500 und 2.000 MWh zeigt, dass der deutsche Strompreis im Vergleich zum EU-27-Preis im Durchschnitt nicht übermäßig gestiegen ist. Unternehmen in dieser Kategorie sind in der Regel nicht von der EEG-Umlage befreit. Der Preis inkl. aller Steuern und Abgaben stieg zwischen 2008 und 2012 innerhalb der EU-27 im Schnitt um 5 % p. a. und um 4,8 % p. a. in Deutschland (siehe Grafik 1). Ein Wettbewerbsnachteil im EU-Vergleich scheint deshalb nicht offensichtlich.

Grafik 1: Strompreis Industrie, 500-2.000 MWh



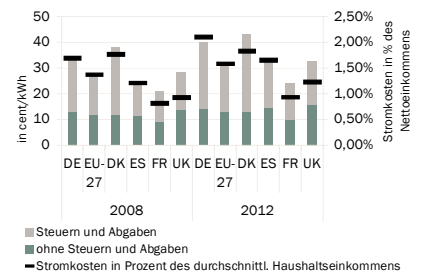
Quelle: Eurostat (2013)

Energieintensive Unternehmen zahlen eine reduzierte EEG-Umlage und profitieren von einem verringerten Strompreis an der Strombörse aufgrund des steigenden Angebots an günstigem Strom aus erneuerbaren Energien. Die Entlastungen sollen auf der einen Seite Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Unternehmen reduzieren, mindern aber auch Anreize zur Optimierung des Elektrizitätsbezugs. Insbesondere führen im derzeitigen System Entlastungen der Industrie zu einer Lastenverschiebung der EEG-Kosten auf private Haushalte.

Höhere Belastung der Haushalte

Zwischen 2008 und 2012 sind die Strompreise eines deutschen Haushaltes mit einem Verbrauch von 3.500 kWh im Vergleich zum EU-27-Durchschnitt mit 4,8 % p. a. (DE) gegenüber 4,1 % p. a. (EU-27) stärker gestiegen. Auch die prozentuale Stromkostenbelastung am Nettoeinkommen ist höher geworden: Für einen deutschen Haushalt lag die Belastung in 2008 noch bei 1,7 % (EU-27: 1,4 %). In 2012 lag die Belastung bei 2,1 % (EU-27: 1,6 %) (siehe Grafik 2).

Grafik 2: Strompreise Haushalte, 3.500 kWh



Quelle: Eurostat (2013)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass steigende Stromkosten in den nächsten Jahren durch den Umbau des Stromsystems bedingt sind und dieser Umbau auch gesellschaftlich gewollt ist. Aus den gestiegenen Steuern und Umlagen auf den Strompreis der Industrie ergeben sich im europäischen Vergleich keine erkennbaren Wettbewerbsnachteile, jedoch aufgrund der Ausnahmeregelungen Verteilungseffekte zu Lasten der Haushalte. Am Ende muss eine Reform des EEG sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie als auch die Akzeptanz der Energiewende sicherstellen, ohne dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gefährden. ■